

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mitten in der parlamentarischen Sommerpause kam am 1. September der Bayerische Landtag zu einer Sonderplenarsitzung zusammen, um eine **komplette Neuausrichtung der Corona-Politik zu beschließen. Diese begrüßen und loben wir sehr!** Denn sie stellt einen **Quantensprung auf dem Weg zu Normalität und Freiheit** dar. **Wie zuvor beim Lockdown geht unsere Bayernkoalition auch beim Lockern bundesweit voran und bleibt der Goldstandard des Krisenmanagements in Deutschland.**



Dies ist möglich, weil der von uns betriebene Schulterschluss zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik die Vorzeichen der Pandemie-Lage verändert hat. Insbesondere durch das Primat des Impfens gelingt es uns täglich mehr, dem Virus seine tödliche Fratze vom Gesicht zu reißen. Weil der Freistaat seine kollektive Schutzverantwortung durch Impfungen und Tests für jedermann erfüllt hat, können wir endlich wieder mehr Normalität wagen und die allgemeinen Corona-Regeln zugunsten von mehr Eigenverantwortung und Freiheit zurückfahren.

Uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag freut dabei insbesondere die **Abkehr von der Inzidenzzahl** als allein bestimmende Corona-Kennziffer, die Entscheidung zur **Gleichstellung von Geimpften, Genesenen und Getesteten**, das Bekenntnis zum **Präsenzunterricht an Bayerns Schulen** und die **Rückkehr der Zuschauer zu Sport, Kunst und Kultur**. Insbesondere hierfür haben wir uns in den letzten Wochen innerhalb unserer Bayernkoalition besonders starkgemacht. Mehr dazu erfahren Sie auch in unserem Wochenrückblick.

Die 3G-Regel wird unsere neue, für jedermann verständliche Zauberformel. Mit der Krankenhausampel bieten wir die bundesweit erste Alternative zur Inzidenzzahl an. Letztere hatte ihre Aussagekraft über die Gefahren der Pandemie durch zunehmenden Impffortschritt verloren. Als neuer Dreh- und Angelpunkt unserer Corona-Strategie ermöglicht die Krankenhausampel **Freiheit unabhängig von der Inzidenz** und trägt zur Rückbesinnung auf



die übergeordneten Ziele unserer Corona-Politik bei: Verhinderung einer Überlastung unseres Gesundheitssystems sowie Schutz vor schweren und tödlichen Verläufen. **Mit der Einführung dieser neuen Logik gelingt uns in Bayern, woran die letzte Ministerpräsidentenkonferenz im Bund gescheitert ist.**

Welche Forderungen wir – gemeinsam mit den FREIE WÄHLER-Landtagfraktionen in Brandenburg und Rheinland-Pfalz – im Hinblick auf die staatlichen Corona-Vorschriften haben, lesen Sie jetzt in unserem Wochenrückblick.

R ü c k b l i c k

Forderung nach „Freedom Day“ am 11. Oktober

In einer Gemeinschafts-Initiative fordern die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktionen aus Bayern, Brandenburg und Rheinland-Pfalz einen bundesweiten Freedom Day. Ab diesem „Stichtag der Freiheit“ sollen die staatlichen Corona-Vorschriften in Deutschland enden. **Wenn wir die Lage weiterhin im Griff haben und die Krankenhäuser nicht überlastet werden, darf der Bund die epidemische Lage von nationaler Tragweite nicht weiter aufrechterhalten.** Als Notbremse kann jederzeit die 3G-Regel reaktiviert werden. **Wir schlagen den 11. Oktober als Stichtag vor,** da zu diesem Datum allen Menschen in Deutschland ein vollständiges Impfangebot unterbreitet wurde und die Corona-Tests von der Bundesregierung nicht mehr bezahlt werden. Deshalb muss der neu gewählte Bundestag den Freedom Day noch in seiner ersten Sitzung im Oktober verkünden. Dafür stehen unsere drei Landtagsfraktionen unisono. **Das Impfen hat sich als der erhoffte Gamechanger erwiesen, dem Virus seinen tödlichen Schrecken genommen und damit die Vorzeichen der Pandemielage grundlegend verändert.** Die jetzige Corona-Situation rechtfertigt es daher nicht, die pandemische Lage bis Jahresende aufrechtzuerhalten. Stattdessen endet die kollektive Schutzverantwortung des Staates mit der Unterbreitung eines Impfangebotes an alle Menschen.



Spätestens 30 Tage nach der Bundestagswahl am 26. September muss der neue Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Die Entscheidung des Bundes ist bereits jetzt schwer zu erklären. Weil mehr Schutz als Tests und Impfungen für jedermann auch für die Zukunft nicht

in Aussicht stehen, unterscheidet sich unsere heutige Lage wohl kaum von der Situation im nächsten oder übernächsten Jahr. Die aktuellen Bedingungen sind daher kein Ausnahmezustand, sondern die neue Realität, an der sich vorerst nichts mehr ändern wird. **Uns bleibt daher gar nichts anderes übrig, als mit Hilfe von Impfungen, Tests und der 3G-Regel zu Normalität und Freiheit zurückzukehren.**

Gerade Tests – auch Selbsttests – sind, neben Impfung und Hygiene-Regeln, wichtig. Wer getestet ist, hat Sicherheit, aktuell auch mit Blick auf die Reiserückkehrer. **Tests müssen kostenlos bleiben, denn sie sind ein immens wichtiges Instrument im Kampf gegen Corona – vor allem in der Prävention.** Ebenso muss der neue Bundestag nochmals neu über die epidemische Lage im Herbst abstimmen. Nach jetzigem Stand ist eine solche Lage nicht gerechtfertigt. Die vom Bund vorgegebene Inzidenz von 35, ab der Maßnahmen zu ergreifen sind, ist überholt: Diese Zahl nimmt den Ländern vor Ort die Möglichkeit, flexibel zu handeln. **Wir müssen endlich auch bundesweit weg von der reinen Infektionsinzidenz als Bewertung der Coronalage.** Die am vergangenen Dienstag von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Regelung, welche sich auf die Krankenhausbelegung konzentriert, kommt der Realität weitaus näher. Ob in München, Potsdam oder Mainz: Die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktionen stehen klar zur gleichberechtigten 3G-Regel: geimpft, genesen, getestet. **Wer getestet ist, muss gleichermaßen freien Zugang bekommen und darf nicht durch 2G gesellschaftlich ausgegrenzt werden.** Tests müssen weiter kostenlos bleiben. Einen Impfwang lehnen wir auch weiterhin ab. Nun kommt es auf einen Stichtag an, ab dem staatlichen Eingriffe und Vorschriften zur Eindämmung der Pandemie deutschlandweit enden und auf die Eigenverantwortung der Bürger gesetzt wird.

Mehr Normalität bei Großveranstaltungen

Mit der Neuausrichtung der Corona-Politik wurde auch **unsere Forderung nach mehr Normalität bei Großsportveranstaltungen** umgesetzt. Gerade bei den Sportarten wie Basketball, Eishockey, Handball und Volleyball herrschte in den letzten Wochen Unklarheit darüber, wie viele Zuschauerinnen und Zuschauer in der kommenden Saison überhaupt zugelassen werden können – und gerade das entscheidet über die zukünftige wirtschaftliche Lage der Vereine. Im Vorfeld der Sondersitzungswoche tauschten wir uns daher intensiv mit dem bayerischen Innenminister über die maximal möglichen Zuschauerzahlen bei Hallensportarten aus.

Genau diese Fragestellung brannte der Geschäftsführung der Augsburger Panther unter den Nägeln. Deren Eishockey-Saison startet in Kürze. Die geschäftsführenden Gesellschafter **Lothar Sigl** und **Maximilian Horber** sowie **Prokurist Leonardo Conti** suchten deshalb das Gespräch mit uns. Sie betonten, dass – anders als im Profifußball – das Profi-Eishockey primär nicht von Fernsehgeldern lebt, sondern von den Erlösen seiner Zuschauer im Stadion. Nach den am vergangenen Montag noch gültigen Regeln konnten aber nur zehn Prozent der Plätze – also 620 von 6.200 – besetzt werden, was einen wirtschaftlichen Betrieb unmöglich gemacht hätte. **Daher freuen wir uns sehr, dass jetzt mit den neuen Regelungen praktikable Lösungen gefunden wurden!** Für Veranstaltungen im Sport gilt: Bis maximal 5.000 Personen darf die Kapazität des Veranstaltungsortes zu 100 Prozent genutzt werden. Für den 5.000 Personen überschreitenden Teil dürfen 50 Prozent der weiteren Kapazität genutzt werden. Maximal sind nun 25.000 Personen zulässig – in Rahmen, innerhalb derer unbegrenzt auch Stehplätze ausgewiesen werden dürfen. Wird der Mindestabstand in Innenräumen unterschritten, gilt nach den allgemeinen Regeln allerdings ständige Maskenpflicht, die vom Veranstalter zu gewährleisten ist. Damit wurde eine **ausgewogene Entscheidung für den Sport getroffen**, welche die Belange des Spielbetriebs, der Zuschauer und des Infektionsschutzes angemessen berücksichtigt.

Wahltaktik: haltloser Vorwurf der Landtags-Grünen zur bayerischen Energiepolitik

Wohl aus wahltaktischen Gründen zeichneten die Landtags-Grünen Ende August ein energiepolitisches Schreckgespenst an die Wand, das sich bei genauerer Betrachtung jedoch als heiße Luft entpuppt. Sie warfen



der Staatsregierung vor, stark steigende Stromkosten in Bayern zu riskieren. Dabei fallen Fremd- und Selbstwahrnehmung der Grünen erschreckend weit auseinander. Schließlich hat gerade unsere Bayernkoalition unter Federführung von Wirtschafts- und Energieminister **Hubert Aiwanger** den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben und war dabei bedeutend erfolgreicher als das grün regierte Baden-Württemberg. In den vergangenen Jahren gab es durch Initiativen von uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag einen beachtlichen Zuwachs an regenerativen Energien: **Wir haben ein vorbildliches Photovoltaik-Speicherprogramm mit 50.000 bewilligten Anträgen auf den Weg gebracht und der Freistaat ist Spitzenreiter bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Nicht zuletzt dank Minister Aiwanger hat Bayern die erste Wasserstoffstrategie Deutschlands aufgesetzt, die europaweite Maßstäbe setzt.** Während wir all dies auf den Weg gebracht haben, erschöpften sich unsere „grünen Kollegen“ zumeist in wortreichen Problembeschreibungen und bleiben praktikable Lösungen bis heute schuldig. Ihre Vorstellung eines ideologisch geprägten Verbotsstaates wäre ein Frontalangriff auf Bayerns Wirtschaft und mit unserer Vorstellung der Liberalitas Bavariae nicht vereinbar.

Statt kurz vor Wahlen Horrorszenarien an die Wand zu malen, die Wirtschaft zu verunsichern und den Menschen Angst zu machen, arbeiten wir täglich daran, Ökonomie und Ökologie bestmöglich unter einen Hut zu bringen. Dabei haben wir alle Hände voll damit zu tun zu verhindern, dass grünes Orakeln über unrealistische Verbote zu technologischem Rückschritt führt, Investitionen abwandern lässt, Arbeitsplätze vernichtet und dem Wirtschaftsstandort Bayern schadet. Bayern auf der Pole-Position zu halten, erfordert pragmatisches Handeln statt parteipolitisch motivierter Horrorszenarien. Das Ruder der Klimawende kann nur durch Innovationen nachhaltig herumgerissen werden – Verbote und Askese führen auf Dauer nicht zum Ziel.

Bayerns Schulen sind sicher!

Am 26. August warnte Lehrerpräsident Meidinger mit völlig abwegigen und konstruierten Zahlen vor einer „Durchseuchung der Schulen“ nach Schulbeginn am 14. September. **Wir kritisieren diese Aussagen scharf!** Unsere Schulen in Bayern sind sicher. Kaum ein anderer Ort bietet derart umfassende Infektionsschutzstandards. In den ersten Wochen nach Schulstart werden diese nochmals durch unseren klar definierten „Sicherheitskorridor“ ausgehnter Testmaßnahmen sowie die bereits bestehende Maskenpflicht verstärkt. **Wir sind treibende Kraft für sichere Schulen: Bayern investiert gemeinsam mit den kommunalen Sachaufwandsträgern fast 500 Millionen Euro in Luftreiniger und ermöglicht den Gesundheitsämtern vor Ort freiwillige Impfkationen für Kinder ab zwölf Jahren – auch an Schulen.** Falls labortechnisch möglich, plädieren wir zudem für PCR-Pool-Tests sowohl an Grund- als auch an weiterführenden Schulen.

Unsere Schulen sind sicher. Kaum ein anderer Ort bietet derart umfassende Infektionsschutzstandards.

*Tobias Gotthardt,
bildungspolitischer
Sprecher der
FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion*



Umso mehr irritiert uns die offensichtliche Panikmache durch Heinz-Peter Meidinger. Mal ganz abgesehen von dessen Rechenkünsten: Nur wenn man Infektionsraten von bis zu neunzig Prozent bei Schülerinnen und Schülern bundesweit anlegt, kommt man auf die von ihm genannte Zahl der Hospitalisierten. Das ist unseres Erachtens abwegig, konstruiert und völlig überzogen. Außerdem ist klar: Weder Schülerinnen und Schüler noch Eltern und Lehrer wollen erneut Wechsel- oder Distanzunterricht. **Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion haben daher gemeinsam mit Kultusminister Michael Piazzolo – unter hohem Aufwand sowie vollem Einsatz der Schulfamilie – die Voraussetzungen für verantwortungsbewussten Präsenzunterricht geschaffen. Wir werden diese auch nutzen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.**

„Maskenaffäre“ vorbehaltlos aufklären

Ausgerechnet in einer Zeit, in der Querdenker, Corona-Leugner und andere politische Geschäftemacher ohnehin ihr Gift versprühen und gegen das „politische Establishment“ hetzen, hat die Maskenaffäre einiger ehemaliger CSU-Politiker das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie aufs Empfindlichste erschüttert. Wir FREIE WÄHLER unterstützen daher im Bayerischen Landtag das Ansinnen der Opposition, **verloren gegangenes Vertrauen durch vorbehaltlose Aufklärung sowie maximale Transparenz zurückzugewinnen. Ebenso erteilen wir eine klare Absage an jedwede parteipolitisch motivierte Hexenjagd**, die das kriminelle Handeln Einzelner bewusst mit den Bemühungen vieler um das Beste für die Menschen in unserer Heimat vermischt. **Wir stehen daher uneingeschränkt für eine sachliche, unaufgeregte und an den Regeln des Rechtsstaats orientierte Aufklärung aller offenen Fragen** – und dies ohne Ansehen von Amt und Person. Genau dafür werden wir uns auch im zukünftigen Untersuchungsausschuss engagieren und uns weiterhin in Zurückhaltung gegenüber populistischen Spekulationen üben, die dem Ansehen der Politik weiteren Schaden zufügen.

Frauenpriestertum unterstützen

Das Ansehen der Katholischen Kirche stiege, würde sie sich der **Forderung von Abt Johannes von Andechs anschließen, qualifizierten Frauen die Weihe zum Priester nicht länger zu verwehren.** Die Situation vieler Menschen in unserer Welt des Krieges, der Pandemie und des Klimawandels ist unerträglich und viele schreien nach Befreiung. **Es ist ein Ruf in die Sphäre des Glaubens. Die Kirche hört diesen Ruf allerdings nicht.** Sie ist heute jedoch mehr denn je gefordert und gefragt, Antworten auf diese verzweifelten Fragen zu liefern. **Deshalb muss sie wieder zu den Menschen gehen und ihre Botschaft der Hoffnung und der Solidarität verkünden.** Viel zu lange hat sich unsere Kirche in Formalia verfangen. Stattdessen soll sie sich auf die Botschaft des Zimmermanns aus Galiläa besinnen. **Jeder ist gerufen, diese Botschaft zu verkünden und die Verkündigung darf nicht wegen des Geschlechts oder der sexuellen Identität verhindert werden.** Wenn es der Kirche auf die Botschaft und deren befreienden Inhalt für die Menschen ankommt, dann muss es egal sein, *wer* sie verkündet. Schließlich ist die Botschaft Jesu größer als jeder Bote.



Wir wünschen Ihnen ein angenehmes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund.

Impressum

Bürgerbüro Roland Weigert, MdL
Münchener Str. 24 | 86633 Neuburg a.d. Donau
Tel. 08431-6463270 | buengerbuero@weigert-mdl.de